

niw-info 2/2010

NEWSLETTER DES NIEDERSÄCHSISCHEN INSTITUTS FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG e. V.



Prof. Dr.
Javier Revilla Diez
Wissenschaftlicher
Leiter

Hannover, im Juli 2010

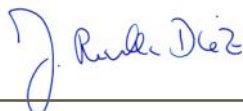
Sehr geehrte Damen und Herren,
die Entwicklung in strukturschwachen Regionen in Niedersachsen steht vor großen Herausforderungen. Bedingt durch die geringere Exportorientierung sind diese Regionen insgesamt zwar relativ gut durch die Krise gekommen; mit der zunehmenden Erholung der deutschen Wirtschaft werden die strukturellen Probleme aber wieder deutlicher.

Der folgende Beitrag zur regionalökonomischen Bedeutung der Meyer-Werft GmbH Papenburg für die Landkreise Emsland und Leer zeigt, dass die dortige Konzentration von verwandten und vernetzten Branchen einen Standortvorteil ausmacht, der letztendlich auch der Wettbewerbsfähigkeit der Meyer Werft selbst zugute kommt. Lokalisierte Wertschöpfungsketten können damit eine Option für strukturschwache Regionen sein. Allerdings ist diese „Einseitigkeit“ nicht ganz ohne Risiko: Unvorhersehbare Ereignisse – wie z. B. ein drastischer Nachfrageeinbruch – haben unmittelbare Wirkungen auf die gesamte Region.

Eine besondere Herausforderung für strukturschwache Regionen stellt zudem der demographische Wandel dar. Im zweiten Beitrag greifen wir mit dem Thema der zukünftigen Schulversorgung nur einen Aspekt auf, der am Beispiel der Region Weserbergland untersucht worden ist. Die Ergebnisse zeigen sehr deutlich, dass diese ohne stärkere Vernetzung der an der Schulentwicklungsplanung und Schulorganisation beteiligten Akteure in keinem Fall zu gewährleisten ist.

Mit den besten Wünschen

Ihr



Die regionalökonomische Bedeutung der Meyer Werft GmbH Papenburg für die Landkreise Emsland und Leer

Seit dem Bau der „Homeri“ im Jahr 1984, dem ersten Kreuzfahrtschiff, das von der Meyer Werft in Papenburg gebaut wurde, hat sich die Werft zum weltweit drittgrößten Produzenten von Kreuzfahrtschiffen entwickelt. Sie erreicht heute einen Marktanteil von etwa 28 %. Ihre starke Wettbewerbsposition verdankt die Werft dem Einsatz innovativer Produktionstechnologien und -verfahren sowie der engen räumlichen Vernetzung mit Zulieferern.

Der jüngst abgeschlossene Ausbau der Produktionskapazitäten ermöglicht der Werft, ab 2011 jährlich drei statt bislang zwei Kreuzfahrtschiffe zu bauen. Ein Engpass dabei ist die Überführung der Schiffe auf der Ems. Vor diesem Hintergrund wird in der öffentlichen Diskussion immer wieder eine Verlagerung der Werft an einen Küstenstandort thematisiert.

Die Untersuchung ist der Frage nachgegangen, welche Beschäftigungseffekte und fiskalischen Wirkungen aus den ökonomischen Aktivitäten der Werft für die beiden Landkreise Emsland und Leer resultieren, sowohl aktuell als auch als Prognose für das Jahr 2012, wenn die Werft aufgrund der erweiterten Produktionskapazitäten drei Kreuzfahrtschiffe abliefern wird. Darüber hinaus wurde auch betrachtet, welche regionalökonomischen Wirkungen für die beiden Landkreise aus einer teilweisen oder kompletten Verlagerung der Werft aus der Region entstehen.

Verbleib der Vorleistungsnachfrage entscheidend für die Größe der regionalen Effekte

Maßgeblich für die regionalökonomischen und fiskalischen Effekte ist die durch die Produktion der Werft angestoßene Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen sowie die daraus entstehenden weiteren Vorleistungsbezüge der Lieferanten. In einem modifizierten Input-Output-Modell wurden die direkten und indirekten Produktionseffekte aus den Vorleistungsbezügen der Werft geschätzt. Darüber hinaus wurden auch die Effekte berücksichtigt, die aus den Konsumausgaben der Beschäftigten resultieren, ebenso wie die Wirkungen aus dem werftinduzierten Freizeit- und Geschäftstourismus. Die Beschäftigungseffekte entsprechen dem für die Produktion notwendigen durchschnittlichen Beschäftigungsvolumen in Personenjahren.

Der regionale Nachfrageimpuls der Meyer Werft ist vor allem auf das Angebot an Gütern und Dienstleistungen zurückzuführen, das die Werft in der Region vorfindet. So verbleiben 12 % der Vorleistungsbezüge in den Landkreisen Emsland und Leer, weitere 9 % in den anderen Regionen Niedersachsens. Bemerkenswert ist vor allem der hohe Anteil der in Deutschland verbleibenden Vorleistungsnachfrage, lediglich knapp ein Fünftel der Vorleistungen bezieht die Meyer Werft aus dem Ausland. Die hinzugekommene Vorleistungsnachfrage seit 2005 verblieb fast ausschließlich in Deutschland, ausländische Zulieferer haben von der gestiegenen Nachfrage der Meyer Werft kaum profitiert. Die Vorleistungsbezüge aus dem Landkreis Emsland sind allein um das 1½-fache gestiegen. Dies geht vor allem auf Unternehmen in unmittelbarer Nähe der Werft zurück. Hierin kommt das betriebswirtschaftliche Konzept als Kompaktwerft mit kurzen Wegen im Produktionsprozess zum Ausdruck. Vorleistungen aus dem Landkreis Leer sind seit 2005 um ein Drittel gestiegen, aus Emden um die Hälfte. Zulieferer aus den übrigen Gebieten Deutschlands haben den Wert ihrer Vorleistungen mit der Meyer Werft verdoppeln können. Im Zuge der Kapazitätserweiterung wird die Vorleistungsnachfrage der Meyer Werft schätzungsweise um weitere 40 % steigen. Es kann davon ausgegangen werden, dass der für die Prognose angenommene aktuelle regionale Verbleib der Vorleistungen eher eine untere Grenze darstellt. Denn es ist durchaus denkbar, dass weitere Zulieferer im Zuge steigender Auftragsvolumina Niederlassungen in der Region gründen und regionale Arbeitskräfte rekrutieren.

Vor allem Deutschland, Niedersachsen und Papenburg profitieren

Deutschlandweit sind schätzungsweise fast 16.000 Vollzeitbeschäftigte auf Produktionseffekte aus den ökonomischen Aktivitäten der Meyer Werft zurückzuführen. Dabei entfällt der größte Anteil auf Regionen außerhalb der Landkreise Emsland und Leer, denn der weit überwiegende Teil der Vorleistungskäufe der Werft wird in anderen Regionen Deutschlands getätigt. Hingegen ist bei den durch Lohn- und Gehaltszahlungen der Werft induzierten Beschäfti-

gungseffekten der größte Teil regional wirksam. Dies trifft auch für den werftinduzierten Tourismus zu. So können für das Jahr 2008 insgesamt fast 4.300 Arbeitsplätze in den Landkreisen Emsland und Leer direkt auf die Werft und indirekt auf die Vorleistungs- und Konsumnachfrage auf die Meyer Werft zurückgeführt werden.

Innerhalb der Untersuchungsregion konzentrieren sich die Arbeitsplatzeffekte auf das nähere Umfeld der Werft. Auf die Stadt Papenburg entfallen mit fast 3.300 Arbeitsplätzen allein 90 % der regionalen direkten und indirekten Beschäftigungseffekte (siehe Karte 1), dies entspricht rund 20 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Papenburg.

Im Jahr 2012, wenn die Kapazitätserweiterung der Werft zur vollen ökonomischen Entfaltung kommt, entstehen deutschlandweit durch weitere Vorleistungsnachfrage schätzungsweise 5.300 zusätzliche Arbeitsplätze. Davon entfallen 500 auf die beiden Landkreise Emsland und Leer.

Den größten fiskalischen Nutzen aus den ökonomischen Aktivitäten der Meyer Werft zieht Niedersachsen. Im Jahr 2008 erzielte das Land durch die Meyer Werft Steuereinnahmen in Höhe von schätzungsweise 10,1 Mio. € in Form von Grundsteuer, Gewerbesteuer, Einkommensteuer und Umsatzsteuer. Mit 2,2 Mio. € fließt gut ein Fünftel dieser Einnahmen in die Kreis- und Gemeindehaushalte der Untersuchungsregion, der Rest verbleibt beim Land Niedersachsen. Der größte Anteil der kommunalen Einnahmen (gut 85 %) entfällt auf die Gewerbesteuerzahlungen der Meyer Werft, der regionalen Zulieferer sowie der Betriebe, die über die weiteren Wirkungsstufen des Nachfrageanstößes durch die Meyer Werft Wertschöpfung erzielen. Durch die Kapazitätserweiterung der Werft könnten im Jahr 2012 fiskalische Effekte in Niedersachsen in Höhe von schätzungsweise 17 Mio. € entstehen. Davon würden gut 5 Mio. € den kommunalen Haushalten der beiden Landkreise zugutekommen.

Neben den regionalökonomischen und fiskalischen Effekten sind für die Untersuchungsregion jedoch noch weitere Effekte von Bedeutung. Denn allein die Meyer Werft selbst bietet fast 300 Ausbildungsplätze an. Bei den Zulieferbetrieben in den Landkreisen Emsland und Leer kommen noch einmal ca. 150 Ausbildungsplätze hinzu. Die qualitativ hochwertige

> Weitere Informationen:

Olaf Krawczyk
Tel. 0511/ 123316-38
Mail krawczyk@niw.de

Die Zusammenfassung des Gutachtens kann von der [Internetseite](#) des NIW heruntergeladen werden.

Nachfrage der Werft nach innovativen Vorleistungen löst auch bei Zuliefernden Unternehmen der Region Impulse für Produkt- und Prozessinnovationen aus und stärkt deren Wettbewerbsfähigkeit.

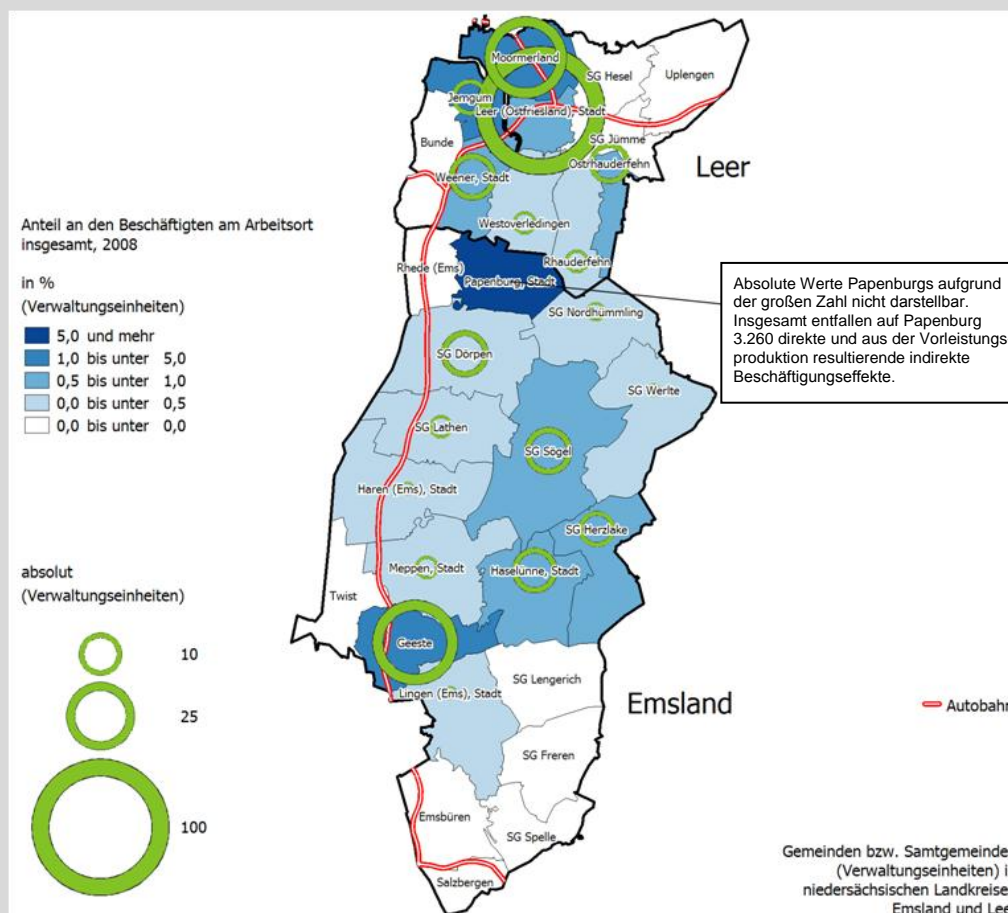
Räumlich kompakte Zuliefererstrukturen als Wettbewerbsfaktor

Eine Standort-Teilverlagerung würde die Errichtung eines zweiten Ausrüstungsstandortes für die Endfertigung im Emsmündungsbereich erfordern, um die unfertig ausgerüsteten leichteren Schiffe mit einem geringeren Tiefgang jahreszeitlich unabhängig von Papenburg auf der Ems überführen zu können. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht hätte dies zur Folge, dass sich der Produktionsprozess um fünf Monate verlängern würde, was einen Produktivitätsverlust und eine Verteuerung des Produktes um etwa 6 bis 8 % bedeuten würde. Aufgrund der wettbewerbslichen Situation wäre eine kostendeckende Pro-

duktion nicht mehr gewährleistet.

Die komparativen Vorteile der Werft gegenüber Wettbewerbern bestehen insbesondere in der engen räumlichen Vernetzung mit spezialisierten Zulieferern, die eine Schlüsselrolle in der Sektionsbauweise der Schiffe spielen. Die Nachteile der international vergleichsweise hohen Lohnkosten können durch die Realisierung von Qualitätsvorsprüngen im Rahmen effizienter Kooperationen mit vor- und nachgelagerten Zulieferern und innovativen Intra-Logistikkonzepten ausgeglichen werden. Insofern ist zu erwarten, dass sich der regionale Anteil im Zuge der Kapazitätserweiterung der Werft und ihrer Anstrengungen zur Steigerung der Produktivität zukünftig weiter erhöhen könnte. Hier kann die regionale Wirtschaftsförderung ansetzen und ansässige Zulieferer bei der Beseitigung von Hemmnissen und Engpässen unterstützen sowie die Ansiedlung weiterer Zulieferer in der Region fördern.

Karte 1:
Beschäftigte der Meyer Werft und aus den Produktionseffekten abgeleitete Beschäftigungseffekte bei den Zulieferern nach Arbeitsorten 2008



Herausforderungen des demographischen Wandels für die zukünftige Schulversorgung – das Beispiel der Grundschulen im Gebiet der Regionalen Entwicklungskooperation Weserbergland^{plus} *

In dem sich verschärfenden Wettbewerb der Standorte gewinnen Bildung und Qualifizierung als strategische Elemente einer umfassenden regionalen Entwicklungspolitik zunehmend an Bedeutung. Dabei legt das allgemeinbildende Schulsystem die wichtigste Grundlage für die Ausbildung der nachwachsenden Generationen. Für die Kommunen stellen Bildungseinrichtungen zudem wichtige Faktoren der Wohn- und Standortattraktivität dar. Die qualitativen Ansprüche an schulische Bildung haben in jüngster Zeit deutlich zugenommen. Bildungseinrichtungen sollen einen möglichst großen Teil der Schüler – auch und vor allem aus sozial schwachen Familien – zu qualifizierten Schulabschlüssen führen und dazu beitragen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Ganztagsbetreuungsangebote zu verbessern. Nur so können vorhandene Qualifikationspotenziale ausgeschöpft und die Erwerbsbeteiligung der Eltern gesteigert werden.

Im Zuge des demographischen Wandels sind erhebliche Rückgänge der Schülerzahlen zu erwarten, die sich auch auf das Standortsystem der Bildungseinrichtungen auswirken werden. So sind die Zahlen der Kinder im Grundschulalter im Gebiet der Regionalen Entwicklungskooperation Weserbergland^{plus} von 2000 bis 2008 bereits um 15 % gesunken (Abb. 1). Nach der aktuellen Bevölkerungsprognose des NIW dürften die Zahlen bis 2025 um weitere 33 % schrumpfen, was den Landesdurchschnitt von 25 % noch unterschreitet. Die Kommunen als Schulträger müssen sich demnach auf weitere erhebliche Anpassungsbedarfe bei den Grundschulen einstellen.

Für die bestehenden Schulstandorte bedeuten diese Entwicklungen der Schülerzahlen sinkende Zügigkeiten und Klassengrößen. Hohe Gefährdungspotenziale ergeben sich für sehr kleine Schulstandorte bzw. für isolierte Standorte in einem stark

schrumpfenden Umfeld. Nach einer Modellrechnung des NIW für die heute bestehenden Schulstandorte bis zum Jahr 2025 werden viele der Schulen kritische Grenzen unterschreiten: Insgesamt 52 Grundschulen (39 %) in der Modellregion werden 2025 voraussichtlich weniger als 80 Schüler haben. 41 (31 %) werden sogar weniger als 60 Schüler haben und können damit maximal einzügig geführt werden (siehe Karte 2).

Die Problematik „kleiner Grundschulen“ ist allerdings nicht auf das Weserbergland beschränkt. Eine Sonderauswertung aller niedersächsischer Grundschulstandorte für das Jahr 2008 zeigt sehr unterschiedliche Größenstrukturen (Regionalmonitoring Niedersachsen, Regionalreport 2009, Karte 2.2-4). Große Grundschulen dominieren vor allem in den Städten und im dichter besiedelten großstädtischen Umfeld. Einige ländliche Räume haben durchaus gemischte Größenstrukturen wie etwa

* Anmerkung:

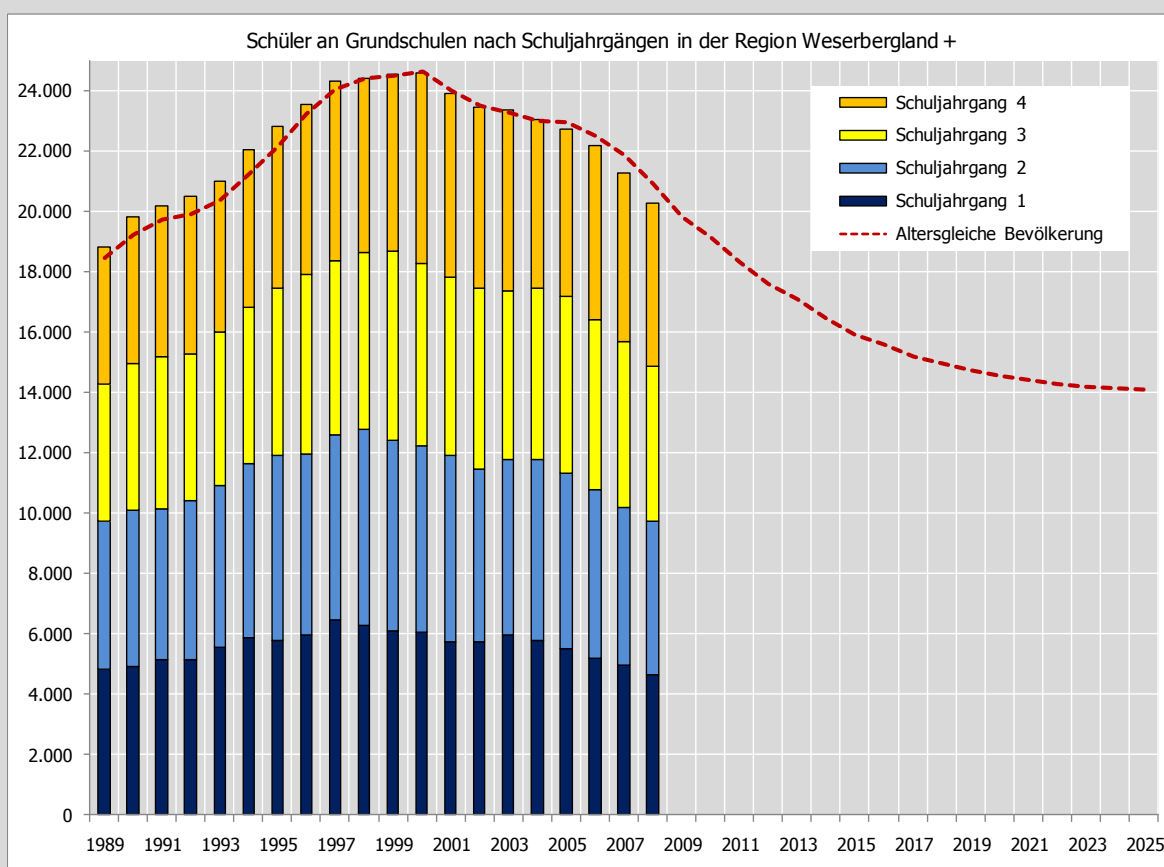
Die Landkreise Hameln-Pyrmont, Holzminden und Schaumburg hatten sich bereits 1999 zusammengefunden, um gemeinsam ein regionales Entwicklungskonzept zu erarbeiten. Der Landkreis Nienburg/Weser hat sich 2006 dieser erfolgreichen Kooperation angeschlossen – aus dem Weserbergland wurde die Region Weserbergland^{plus}.

Abb. 1:
Entwicklung der Schülerzahlen an Grundschulen in den Jahren 1989 bis 2008 sowie Prognose der Bevölkerung im Grundschulalter bis 2025 im Gebiet der Regionalen Entwicklungskooperation Weserbergland^{plus}

die Landkreise Schaumburg, Soltau-Fallingb., Rotenburg, Vechta und Aurich. Eine deutliche Häufung von kleinen und sehr kleinen Grundschulen mit weniger als 75 bzw. 50 Schülern findet sich fast im gesamten südlichen Niedersachsen mit Ausnahme des engeren Raumes Göttingen, in den Landkreisen Emsland und Leer, im Landkreis Diepholz sowie in den östlichen Gemeinden des Landkreises Cuxhaven.

Insgesamt ergibt sich aus der Verteilung von kleinen und sehr klei-

nen Grundschulen ein erheblicher Untersuchungs- und Handlungsbedarf in vielen Teilen des Landes. Notwendig wäre eine Verschneidung mit der zukünftigen Entwicklung der Schülerzahlen in den jeweiligen Schuleinzugsgebieten auf der Grundlage einer kleinräumlichen Bevölkerungsprognose, wie sie im Rahmen des Projekts für die Regionale Entwicklungskooperation Weserbergland^{plus} vom NIW erarbeitet worden ist.



Schüler an allgemeinbildenden Schulen, ohne Förderschulen, Bevölkerung im Alter von 6 bis unter 10 Jahren.

Quelle:
 Statistik der allgemeinbildenden Schulen, Bevölkerungsfortschreibung (bis 2008), LSKN. - NBank-Bevölkerungsprognose des NIW 2008-2025. - eigene Berechnungen.

Handlungsempfehlungen

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels treten bei der räumlichen Ausgestaltung eines schulischen Bildungsangebots die Zielkonflikte zwischen qualitativen Ansprüchen, der räumlichen Nähe und Erreichbarkeit der Angebote sowie den erforderlichen finanziellen Ressourcen deutlich zu Tage.

- Bildung und Qualifizierung stellen zentrale Standortfaktoren zur Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit dar. Aus diesem Grund muss es das vorrangige Ziel der regionalen Entwicklungs-

politik sein, die regionalen Qualifikationspotenziale besser auszu-schöpfen, zu fördern und weiter-zuentwickeln. Dies bedeutet in erster Linie eine Verbesserung der Qualität der Ausbildung.

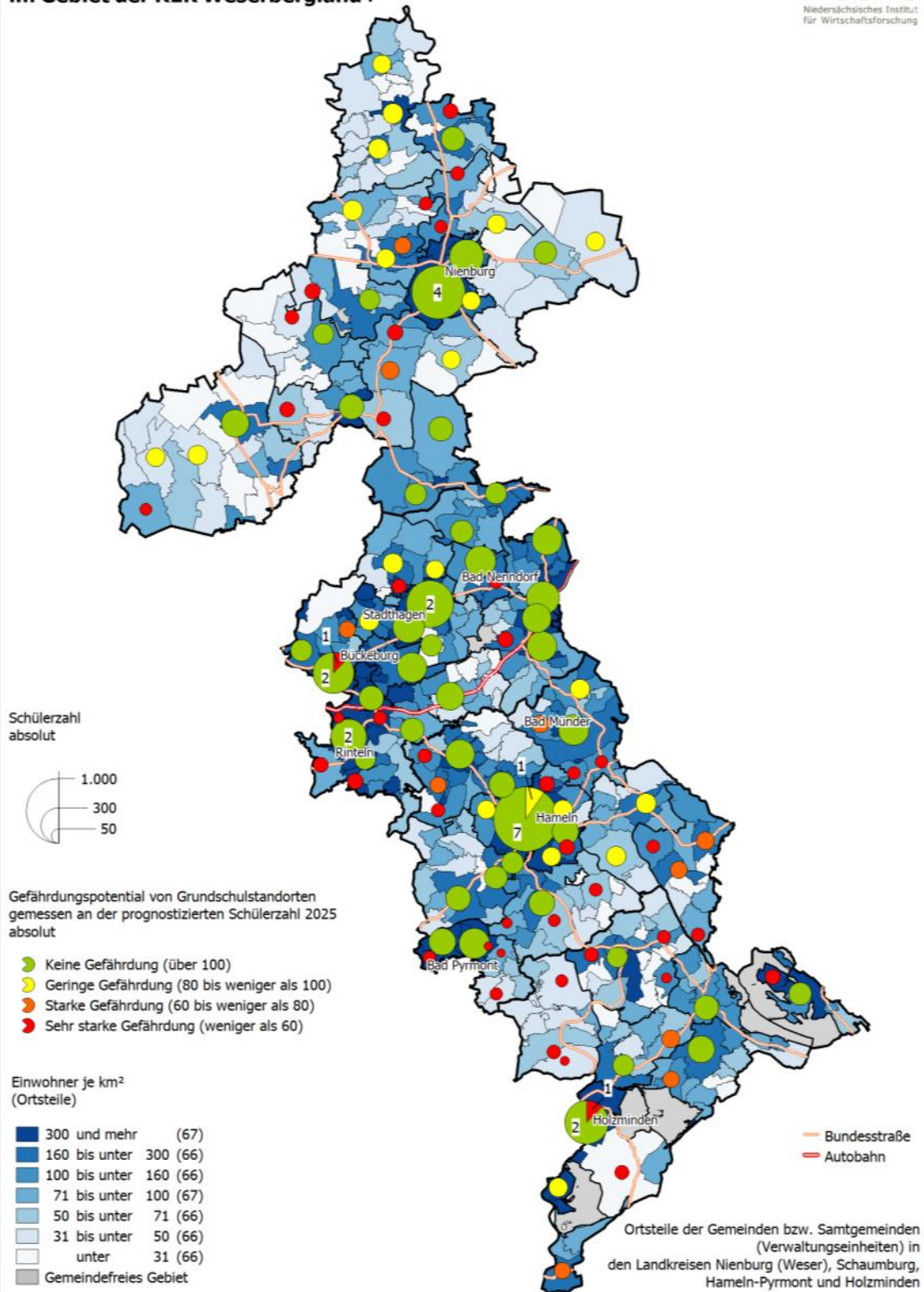
- Zur Entwicklung der Qualifikationspotenziale der nachwachsenden Generationen ist es notwendig, hochwertige Bildungsangebote zu sichern bzw. zu schaffen. Dabei geht es um ein differenziertes Bildungsangebot mit vielfältigen Übergangsmöglichkeiten, um die Qualität von pädagogisch hochwertigen Angeboten und individueller Förderung sowie um

Karte 2:

Voraussichtliche Schülerzahl an Grundschulen im Jahr 2025 im Gebiet der REK Weserbergland+



Niedersächsisches Institut
für Wirtschaftsforschung



Entwicklung der Bevölkerungspotenziale in den Einzugsbereichen der Einrichtungen nach der NIW-Bevölkerungsprognose 2008-2025; Zuordnung der Einwohner (im Grundschulalter) zur jeweils nächsten Einrichtung (Luftlinien-distanz); GIS-Modell des NIW zur räumlichen Verteilung der Bevölkerung (Haushalte) auf der Basis einer Auszählung der Melderegister der Gemeinden für Ortsteile sowie der Georeferenzierung der Einrichtungen auf Basis der postalischen Adressen.

die Ausstattungsqualität der Einrichtungen.

- Die Möglichkeiten differenzierter Angebote und qualitativer Verbesserungen steigen in der Regel mit zunehmender Größe der Einrichtungen bzw. sind an bestimmte Mindestgrößen gebunden. Die Schaffung hochwertiger Angebote durch Bündelung und Konzentration kann deshalb vor allem in dünn besiedelten ländlichen Räumen im Konflikt mit der Forderung stehen, schulische Einrichtungen möglichst ortsnah und gegebenenfalls in zumutbarer Entfernung bereitzuhalten, um Schulwege und auch Beförderungskosten zu minimieren.
- Die quantitativen und qualitativen Leistungen des Bildungssystems müssen angesichts begrenzter und zukünftig abnehmender öffentlicher Finanzspielräume in vertretbaren Relationen zu den personellen bzw. finanziellen Aufwendungen stehen. Dies bedeutet, dass bei Standortentscheidungen für Bildungseinrichtungen Faktoren wie Gebäude- und Anlagevermögen, Personalaufwendungen und Betriebskosten (Gebäudemanagement) sowie Aufwendungen für die Schülerbeförderung in die Abwägung mit einfließen müssen bzw. auch weitere Faktoren wie die Möglichkeit von Misch- und Mehrfachnutzungen der Bildungseinrichtungen Berücksichtigung finden sollten.

Die oben genannten Ziele sind nicht konfliktfrei. Einzelne Aspekte wie z.B. das Pro und Contra kleinster Schulstandorte müssen in der Erarbeitung einer kommunalen Entwicklungsstrategie offen diskutiert und abgewogen werden. Dies setzt detaillierte und gehaltvolle Informationen für die politischen Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit voraus. Aus der räumlichen und organisatorischen Bündelung von Bildungseinrichtungen an „zentralen“ Standorten können sich folgende Vorteile ergeben:

- bessere Möglichkeiten zur Entwicklung differenzierter Bildungsangebote (Fach- und Leistungskurse, freiwillige Arbeitsgemeinschaften),
- bessere Voraussetzungen zur Etablierung von Ganztagsbetreuungsangeboten,
- bessere Möglichkeiten zur Optimierung der Ausstattungsqualität (z.B. Mensa-Angebote) sowie

- Reduzierung von Investitions- und Betriebskosten durch höhere Auslastung der größeren Einrichtungen bei gleichzeitig reduzierter Anzahl von Schulstandorten.

Angesichts der Kontinuität und Vorhersehbarkeit des Rückgangs der Schülerzahlen in den meisten ländlichen Räumen wird die Konzentration auf langfristig tragfähige Schulstandorte empfohlen. Schulstandorte, deren Überlebensfähigkeit zukünftig nicht mehr gesichert ist, sind möglichst frühzeitig zu schließen und die Investitionen auf die Stärkung der gut erreichbaren Standorte zu konzentrieren.

Der öffentliche Personennahverkehr in den ländlichen Räumen wird in erheblichem Maße vom Schülerverkehrsaufkommen bestimmt. Daher bietet die Bündelung von Schulen die Gelegenheit, den öffentlichen Personennahverkehr effizient auf zentrale Orte auszurichten. Der Wegfall wohnortnaher Schulstandorte bedeutet allerdings auch längere Schulwege und damit höhere Aufwendungen für die Schülerbeförderung.

Um der herausragenden Bedeutung von Bildung für regionale Entwicklungsprozesse Rechnung zu tragen, ist es notwendig, die an der Schulentwicklungsplanung und Schulorganisation beteiligten Akteure stärker zu vernetzen. Dazu zählen das Land als Gestalter der Rahmenbedingungen und der Steuerungskompetenz für innere Schulangelegenheiten, die kommunalen Gebietskörperschaften als Verantwortliche für die Schulentwicklungsplanung sowie als Schulträger der unterschiedlichen Einrichtungen, Eltern(vertreter), Ausbildungsbetriebe, Arbeitsagenturen (bei Inanspruchnahme von Förderprogrammen) sowie weitere Akteure und Initiativen. Auf diese Weise können Kommunikations- und Abstimmungsprozesse optimiert und ganzheitliche Strategien zum zukünftigen Umgang mit Bildung und Qualifizierung in ländlichen Räumen entwickelt werden. Dies erfordert auch eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Landkreis- und Gemeindeebene sowie ggf. eine Arbeitsteilung zwischen benachbarten Gemeinden, wobei qualitative Zielsetzungen im Vordergrund stehen sollten. Schulentwicklungsplanung sollte daher zukünftig kein singuläres Planungswerk darstellen, sondern vielmehr zum Baustein einer „regionalen Bildungs- und Qualifizierungsstrategie“ werden.

> Weitere Informationen:

Prof. Dr. Hans-Ulrich Jung
Tel. 0511/ 123316-33
Mail jung@niw.de

Das Gutachten kann von der [Internetseite](#) des NIW heruntergeladen werden.

Forschungsbericht des NIW, 37: Qualifikatorischer Strukturwandel und regionale Beschäftigungsentwicklung – Eine empirische Analyse für West- deutschland

Die Beschäftigungsentwicklung von hoch und gering Qualifizierten wird häufig losgelöst von der räumlichen Dimension diskutiert. Räumliche Arbeitsteilung muss jedoch nicht nur internationales „Offshoring“ zulasten weniger qualifizierter Fertigung bedeuten. Nicht überall in Westdeutschland nimmt die Beschäftigung gering Qualifizierter rapide ab bzw. steigt die Zahl der hoch qualifizierten Beschäftigten. Auch ist die Höhe des Berufsabschlusses nicht der einzig relevante Qualifikationsindikator. Dabei unterscheiden sich die Anforderungen insbesondere im mittleren Bereich der beruflichen Bildung.

Wie definiert man überhaupt „hoch“ bzw. „gering qualifiziert“? Im vorliegenden Forschungsbericht wurden über 300 Berufe entsprechend ihres durchschnittlichen allgemeinen und beruflichen Bildungsniveaus, der erforderlichen Selbständigkeit und Verantwortung in ihrer Tätigkeit sowie ihrer Weiterbildungsbeteiligung zu insgesamt fünf Qualifikationsklassen (QK) zusammengefasst. Nach diesem

Ansatz konnte das üblicherweise als mittlere Qualifikation bezeichnete Segment der Berufsausbildung stärker differenziert werden.

Demnach ist im Zeitraum 2000 bis 2006 (Auswertung nicht im Forschungsbericht enthalten) in einigen dieser Berufe, die zwar eine Berufsausbildung erfordern, sich aber ansonsten nur durch geringe Anforderungen auszeichnen, die Erwerbs-

> Weitere Informationen:

Dr. Alexander Cordes
Tel. 0511/123316-43
Mail cordes@niw.de

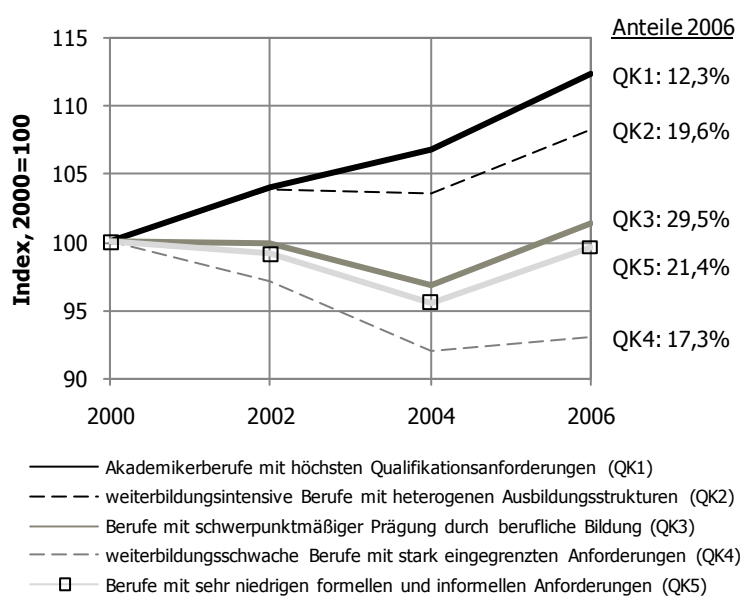


Abb. 2:
Entwicklung der Erwerbstä-
tigkeit verschiedener Quali-
fikationsklassen

Quelle: Mikrozensus (Scientific Use Files) 2000, 2002, 2004 und 2006. Berechnungen des NIW.

tätigkeit um 7% zurückgegangen (Abb. 2, QK4). Demgegenüber ist die Zahl der Erwerbstätigen in den Berufen mit dem durchschnittlich geringsten Qualifikationsniveau relativ konstant geblieben (QK5). In den drei mittleren Qualifikationsklassen 2, 3 und 4 weisen die Erwerbstätigen überwiegend eine abgeschlossene Berufsausbildung auf. Die Unterschiede in der Schulbildung, Weiterbildungsbeteiligung und der Aufgaben- und Personalverantwortung sind allerdings erheblich. Daher sind auch die Berufe der QK2 (umfassen ca. ein Fünftel aller Erwerbstätigen) zusammen mit denen der QK1 als hoch qualifizierte zu bezeichnen. Gleichzeitig weisen die Erwerbstätigen der QK4 (knapp 17%) ein ansonsten der QK5 vergleichbar niedriges Qualifikationsniveau auf.

Die Ergebnisse untermauern andere Untersuchungen, die eine „Polarisierung“ auf dem Arbeitsmarkt feststellen. Gleichzeitig wird es aus arbeitsmarktpolitischer Perspektive immer stärker auf die konkret ausgeübte Tätigkeit – also auf die Erfüllung der spezifischen Anforderungen – ankommen und weniger auf die Höhe des formalen Bildungsabschlusses.

Das Wachstum der hoch qualifizierten Beschäftigung ereignet sich vor allem in Verdichtungsräumen. Gleichzeitig geht die Beschäftigung in gering qualifizierten Berufen in verdichteten Räumen stärker zurück als anderenorts. Eine differenzierte Untersuchung der regionalen Beschäftigungsentwicklung zwischen 2000

und 2006 im Rahmen des Forschungsberichts ergibt: Unabhängig von Branchenstruktur, Betriebsgrößenverteilung und Konjunktur entwickeln sich Regionen im Hinblick auf hoch und gering qualifizierte Berufe auseinander. Dennoch erweist sich eine Spezialisierung auf gering qualifizierte Tätigkeiten nicht als nachhaltige Entwicklungsstrategie. Weniger verdichtete Regionen stehen also vor der Herausforderung, einerseits den Anschluss bei der Wissensintensivierung nicht zu verlieren, andererseits aber auch realistische Ziele auf Basis ihrer relativen Standortvorteile zu verfolgen.

Ein weiteres Ergebnis des Forschungsberichts ist die höhere Weiterbildungsbeteiligung von gering Qualifizierten in Verdichtungsräumen, wo offensichtlich auch diese Beschäftigtengruppe mit höheren Anforderungen konfrontiert ist. Im Zuge der demographischen Entwicklung müssen sich allerdings auch die Betriebe in Regionen mit relativ großem Arbeitsangebot darauf einstellen, in Zukunft eine nicht mehr so große Auswahl auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu haben. Dazu ist es erforderlich, die Grenzen der beruflichen Bildung durchlässiger zu gestalten und zusammen mit den Ausbildungsinstitutionen (Berufsschulen, Hochschulen), Weiterbildungsanbietern und mit Unterstützung der Politik Wege zur individuellen Optimierung der Qualifizierungsanstrengungen zu erschließen.

Der Forschungsbericht des NIW, Band 37, ist mit einer Druckkostenbeteiligung in Höhe von 20,- € zu beziehen: info@niw.de.

Personalia: Neue wissenschaftliche Mitarbeiterin im NIW

Seit dem 1. April 2010 ist Frau Dipl.-Geographin Nina Titkemeier als neue wissenschaftliche Mitarbeiterin im NIW tätig. Ihr Arbeitsschwerpunkt liegt im regionalen Bildungsmonitoring.



Impressum

Herausgeber: Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (NIW), Königstraße 53, 30175 Hannover

Wissenschaftlicher Leiter: Prof. Dr. Javier Revilla Diez

Geschäftsführer: Dr. Rainer Ertel

Tel +49 (0)511 123316-30 Fax: +49 (0)511 123316-55

Mail: newsletter@niw.de Web: <http://www.niw.de>

Vereinsregister Amtsgericht Hannover VR-Nr. 4774

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise) nur mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars.